

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 67 (1973)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Der 10. Mai 1955 : ein schwarzer Tag für den Weltfrieden  
**Autor:** Struve, Karl  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142211>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der 10. Mai 1955

## Ein schwarzer Tag für den Weltfrieden

«Ein Moment der Hoffnung», überschreibt der englische Staatsmann und Gelehrte Prof. Philip Noel Baker ein Kapitel seines Buches «The Arms Race» (Der Rüstungswettlauf). Die Hoffnung hatte ein kurzes Leben und starb keines natürlichen Todes.

Im Januar 1952 setzte die UNO einen neuen Ausschuß ein, der ein Abkommen über die Verminderung der Streitkräfte und einen abgewogenen Rüstungsstopp vorbereiten sollte. Wyschinsky, der die Maßnahme mit Spott begrüßt hatte, wurde durch die enthusiastische Reaktion der Weltmeinung sehr schnell eines besseren belehrt. Am 24. April legte der amerikanische Delegierte dem Ausschuß ein Schriftstück vor, das den Titel trug: «Wesentliche Grundsätze für ein Abrüstungsprogramm». Es hieß darin:

1. Der Zweck der Abrüstung ist nicht, den Krieg zu regulieren, sondern ihn abzuschaffen;
2. Zu diesem Zweck müssen alle Staaten zusammenarbeiten, eine waffenfreie Welt zu schaffen, a) in der kein Staat mehr die Möglichkeit hat, einen Krieg zu entfesseln, und b) in der kein Staat Kriegsvorbereitungen treffen kann, ohne daß ein anderer Staat darauf aufmerksam würde;
3. Es müssen internationale Abkommen geschlossen werden, mit denen die Staaten sich verpflichten, ihre Rüstungen auf einen Stand herabzusetzen, der für Zwecke der inneren Sicherheit und etwaige Verpflichtungen aus der Zugehörigkeit zur UNO ausreicht;
4. Diese Abkommen müssen ein umfassendes und koordiniertes Programm enthalten, a) zur progressiven Verminderung von Streitkräften und Bewaffnung auf ein festgestelltes Maximum, radikal verschieden von dem jetzigen, das ein friedensgefährdendes Übergewicht einer Seite ausschließt und die Abschaffung der Mittel der Massenvernichtung vorsieht;
5. Das Abkommen muß garantieren, daß alle Phasen der Abrüstung gehörig ausgeführt werden. Insbesondere muß die Beseitigung atomarer Waffen durch ein Kontrollsystem überwacht werden;
6. Das Abkommen muß zum Ziel haben, alle Waffenbestände der Welt offenzulegen, sodaß eine durchsichtige Welt entsteht, in der allein eine wirkliche Abrüstung durchgeführt werden kann.

Am 28. Mai überreichten USA, Frankreich und England der Kommission ihre Vorschläge für die Verminderung der Mannschaftsstärken: USA, Rußland, China je 1 bis 1,5 Millionen. Frankreich und England je 700 000 bis 800 000.

1954 trat der «Unterausschuß für Abrüstung» in London zusammen. Er war eingesetzt worden, um den russischen Widerstand gegen die Vorschläge aufzuweichen. Am 11. Juni legten Frankreich und England ein «Memorandum» vor, dem sich Rußland wiederum zunächst versagte, dann unter dem Eindruck der Weltreaktion sich dazu verstand, es als Grundlage für weitere Arbeit anzunehmen.

Das Memorandum schrieb vor: a) totales Verbot der Herstellung und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Waffen für Massenvernichtung; b) wesentliche Verminderung von Streitkräften und Bewaffnung, und c) Schaffung eines Kontrollorgans, ermächtigt und imstande, die Durchführung der Maßnahmen zu garantieren.

Das waren auch die Vorschläge der Weststaaten, als der Ausschuß am 25. Februar 1955 wieder zusammentrat. Von diesem Tag bis zum 10. Mai versuchten sie mit immer steigendem Nachdruck, die Russen zur Annahme ihrer Vorschläge zu bewegen. Der Delegierte der USA setzte zum Beispiel auseinander, daß die in Aussicht genommene Verminderung der Mannschafsstärken für sein Land 69 Prozent ausmachen würde, also viel mehr, als die Russen vorgeschlagen hatten. Er und seine Kollegen wiederholten einmal über das andere, daß es keinen Zweck hätte, weiter zu tagen, wenn man sich nicht über diese Begrenzung einigen könne. Sie wiesen immer wieder darauf hin, daß ihre Regierungen beabsichtigten, alle atomaren Waffen und Waffen der Massenvernichtung zu zerstören. Und der englische Delegierte fügte hinzu: «Es ist noch die Meinung meiner Regierung, daß das Verbot atomarer Waffen nicht weniger als das absolute Verbot der Herstellung und des Gebrauchs nuklearer Waffen bedeuten soll.» Das wiederholte der amerikanische Delegierte am gleichen Tag.

Die Russen hatten immer Zweifel an der Aufrichtigkeit betreffend der Vernichtung der Atomwaffen bekundet. Ihre Gegner hatten ebenso oft die russische Überlegenheit in konventioneller Bewaffnung hervorgehoben. Sie hatten deshalb vorgeschlagen, daß die Überleitung der Atomvorräte auf friedliche Zwecke erst dann beginnen sollte, wenn die vorgesehene Verminderung der Streitkräfte auf 1,5 Millionen durchgeführt sein werde. Am 19. April schlugen nun Frankreich und England — als große Konzession — vor, daß die **Neuherstellung atomarer Waffen** schon enden solle, wenn nur 50 Prozent der beabsichtigten Verminderung erreicht wäre. Nach 75 Prozent Reduktion sollte ein absolutes Verbot des Gebrauchs atomarer Waffen eintreten (was die Russen immer als den Beginn der Abrüstung gefordert hatten). Die restliche Verminderung von Truppenstärken und Waffen sollte dann bis zu einem festgesetzten Termin beendet werden.

Die Frage der Kontrolle war immer ein Streitgegenstand zwischen West und Ost gewesen. Die Russen hatten ein Kontrollsystem mit sehr

begrenzten Vollmachten gewünscht. Die Westmächte hatten auf einem einzigen Kontrollsystem bestanden, dessen Mitglieder am Platze sein mußten, ehe die Verminderungen in Gang gesetzt würden.

Das waren Vorschläge, die die westlichen Delegierten den Russen immer erneut gemacht hatten und auf die der amerikanische Delegierte nun eine klare Antwort — «Ja oder Nein» — verlangte. «Will Rußland die drastische Verminderung der Streitkräfte, auf die die USA sich festgelegt haben, annehmen?» Im Mai wurde man noch deutlicher. Der Vertreter Frankreichs sagte: «Es liegt jetzt den Russen ob, zu sagen, ob sie bei ihrer ursprünglichen Haltung verharren und damit die Verantwortung für den Fehlschlag aller unserer Bemühungen auf sich nehmen — oder anerkennen wollen, daß wir ihnen auf halbem Weg entgegengekommen sind.» Der Delegierte der USA fügte hinzu, daß, wenn die Westmächte jetzt keine Antwort auf ihre Vorschläge erhielten, sie annehmen müßten, daß die Russen an weiteren Verhandlungen nicht interessiert seien. Eine Woche später, am 10. Mai, legten die Russen ihre Vorschläge auf den Tisch. Sie enthielten:

1. Truppenverminderung auf 1,5 Millionen;
2. Entsprechende Verminderung der Bewaffnung;
3. Annahme der 50-Prozent-Klausel;
4. Annahme der 75-Prozent-Klausel;
5. Kontrollorgan mit zunehmenden Vollmachten;
6. Internationale Zusammensetzung des Kontrollorgans. Es soll das Recht haben, von jedem Staat Informationen über die vorgesehene Reduktion zu verlangen und Zutritt zu allen Kontrollobjekten haben.

Die letzteren Vorschläge enthielten einige Unklarheiten, aber, wenn sie überhaupt etwas bedeuten, so waren sie eine enorme Durchlöcherung des Eisernen Vorhangs: Hunderte, vielleicht Tausende von UNO-Inspektoren dauernd im heiligen Rußland mit weiten Vollmachten. Um das Maß voll zu machen, schlugen die Russen auch noch — zur Vermeidung von Überraschungsangriffen — Kontrollposten auf großen Bahnhöfen, Flughäfen, Seehäfen usw. vor. Das Ganze machte den Eindruck, als ob Chruschew und Schukow über Molotow gesiegt hätten, der gemeint hatte, ein atomarer Überfall bedeute nur *t e i l w e i s e* Zerstörung, während sie überzeugt waren, daß er nur eine Wüste zurückließe.

Jedenfalls war das die Deutung, die die westlichen Delegierten der unerwarteten russischen Handlungsänderung gaben. Frankreichs Vertreter rief aus: «Zu schön, um wahr zu sein!» Der amerikanische Delegierte sagte, nach 48stündiger Beratung mit seiner Regierung — «als Repräsentant der USA» — «Wir sind erfreut, daß die Vorschläge, die wir vorgelegt und zwei Monate lang immer wiederholt haben, in weitem Umfang von Rußland angenommen worden sind». Der Vertreter

Englands, ebenfalls nach 48 Stunden Aussprache mit einer Regierung, sagte, er sei erfreut, daß «die Politik der Geduld nun herrliche Dividenden getragen habe und unsere Vorschläge — in vielen Punkten gänzlich — von der russischen Regierung zu den eigenen gemacht worden sind.» Er nannte sieben Punkte völliger Übereinstimmung und fügte hinzu: «Wir haben Fortschritte gemacht, von denen ich mir nichts träumen ließ, und ich hoffe sehr, daß die Anstrengungen fortgesetzt werden, die Reste aus dem Weg zu räumen.»

Aber der Ausschuß setzte seine Arbeit nicht fort. Trotz russischen Widerspruchs vertagte sich der Ausschuß bis zum August, und am 9. September gab der amerikanische Delegierte diese erstaunliche Erklärung ab: **«Die Regierung der USA tritt von ihren Vorschlägen zurück.»**

Mit anderen Worten: Die sechs Grundsätze, das Abkommen über die Verminderung von Mannschaftsstärken und Bewaffnung, das Abrüstungsprogramm des «Memorandums», die 50-Prozent-Klausel, die 75-Prozent-Klausel, der detaillierte Kontrollplan und alle die anderen Vorschläge, die mit solcher Beharrlichkeit und Intensität drei Monate lang den Russen immer aufs Neue aufgedrängt worden waren, wurden zurückgezogen. **Und blieben es bis auf den heutigen Tag.**

Wie eine Gabe des Himmels hatten die Westmächte den Russen ihre Abrüstungsplanung angepriesen, und in dem Augenblick, als die Russen selbst dahin gelangt sind, zu glauben, daß jetzt ihr Heil greifbar nahe ist, zieht man ihnen die Himmelsgabe wieder weg.

Eine so niederträchtige, geradezu äffende Behandlung hätte im Privatleben natürlich den sofortigen Abbruch aller Beziehungen zur Folge gehabt. Das aber konnte sich Rußland, mit der immer noch frischen Erinnerung an die nur eben abgewendete nationale Katastrophe, nicht leisten und verhandelte weiter, ohne Glück. Alle seine Vorschläge wurden abgewiesen.

Man kann noch fragen, was die amerikanische Regierung veranlaßte, 1955 zurückzuweisen, was sie drei Jahre lang mit solchem Nachdruck als das Heil der Welt gepriesen hatten. Nicht ein russischer Kurswechsel! 1952 waren der Korea- und der Indochinakrieg noch im Gange. 1955 waren sie beendet. Die Russen hatten Oesterreich freigegeben. Sie hatten Port Arthur an China und Porkkala an Finnland zurückgegeben, um nur einiges zu nennen.

Daher war die Erklärung, die der amerikanische Delegierte zum Schluß der ganzen traurigen Affäre geben mußte, so inhaltlos und unglaubwürdig: «Es ist unsere Ansicht, daß, wenn man sich bemüht, allzu weit abzurüsten, damit der Sache des Friedens nicht gedient ist, weil das ein Eingeständnis der Schwäche wäre. Und das würde nur dem Krieg dienen.»

Dieses Gestammel endlich wird auf seinen wesentlichen Inhalt zu-

rückgeführt durch das, was Präsident Eisenhower am 7. November 1957 im Rundfunk sagte:

«Unser Vorrat an nuklearen Waffen ist so groß und so schnell wachsend, daß wir uns erlauben können, ihn auf Orte zu verteilen, von denen aus einem Angriff am besten begegnet werden kann, und trotzdem eine große Reserve zu behalten. Unsere Wissenschaftler versichern mir, daß wir der Sowjetunion nuklear, qualitativ und quantitativ weit überlegen sind. **Wir sind gewillt, die Überlegenen zu bleiben.»**

Karl Struve

## Zu einer bedeutungsvollen Tagung des Europäischen Wirtschaftsrates ECE (ECE = Economic Commission for Europe)

Wir weisen andernorts in dieser Nummer auf einen gescheiterten Versuch hin, auf dem Weg der Abrüstung der internationalen Sicherheit eine bessere Grundlage zu schaffen (s. S. 185). Gegenwärtig sind die Vorbereitungen für die Durchführung der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in vollem Gange. Diesmal geht der Anstoß für die Sicherung Europas vor einer neuen Kriegskatastrophe von der Sowjet-Union aus, und soll, wie der Name der Konferenz andeutet, durch Verhandlungen über Warenaustausch und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf ein breiteres und solideres Fundament gestellt werden. Bekanntlich gehen daneben Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz seit Jahren ohne sichtbaren Erfolg weiter, es sei denn, man betrachte als Erfolg Konzessionen der Gesprächspartner auf quantitativen Gebiet, während sie neue, qualitativ stärkere Waffen entwickeln. Das alte Mißtrauen ist nicht behoben und viele andere — auch wirtschaftliche Faktoren tragen dazu bei, daß die alten Geleise bei Abrüstungsgesprächen nicht verlassen werden.

Die diesjährige Konferenz der ECE (16. Mai 1973), auf der die Deutsche Demokratische Republik als Mitgliedsland in die Europäische Wirtschaftskommission aufgenommen wurde, zeigt in der Rede des Vertreters der DDR, des Genossen Moldt, daß die enge Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft, die das internationale Leben charakterisiert, vor allem in der Traktandenliste einer internationalen Sicherheitskonferenz, wie sie wahrscheinlich diesen Sommer stattfindet, in Erscheinung treten wird.

Das Bestreben, durch möglichst vielseitige Zusammenarbeit und gegenseitiges Kennenlernen der Partner mit der Zeit eine Vertrauensbasis